



Pressemitteilung

Strafanzeige wegen möglicher Volksverhetzung: Landesnetzwerk reagiert auf öffentliche Äußerungen einer AfD-Landtagsabgeordneten

Das Landesnetzwerk der Sinti und Roma gegen Antiziganismus in NRW e.V. hat Strafanzeige gegen Enxhi Seli-Zacharias, Landtagsabgeordnete der Fraktion der AfD im Landtag Nordrhein-Westfalen, erstattet.

Hintergrund sind öffentlich verbreitete Aussagen in einem Videobeitrag auf der Plattform Instagram (abrufbar unter: <https://www.instagram.com/reel/DXBvLAGCDaF/?igsh=azJkN2VqMHc3dW1r>), in denen unter anderem pauschale Zuschreibungen von Kriminalität gegenüber Menschen aus Südosteuropa vorgenommen sowie die Forderung geäußert wurde, „diese Menschen loswerden“ zu müssen.

Nach Einschätzung des Landesnetzwerks geben diese Aussagen Anlass zu einer vertieften strafrechtlichen Prüfung, insbesondere im Hinblick auf den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB).

Enoh Ibishi, Vorsitzender des Landesnetzwerks, erklärt:

„Die pauschale Abwertung ganzer Bevölkerungsgruppen sowie Forderungen nach deren gesellschaftlicher Ausgrenzung stehen im klaren Widerspruch zu den Grundwerten unserer Verfassung. Eine solche Rhetorik darf in einer demokratischen Gesellschaft weder relativiert noch normalisiert werden.“

Die beanstandeten Aussagen folgen bekannten Mustern des Antiziganismus, die historisch tief verwurzelt sind und bis heute zur Diskriminierung von Sinti und Roma beitragen. Insbesondere die Verknüpfung von Herkunft mit Kriminalität sowie die Verwendung entwürdigender und historisch belasteter Begriffe verstärken gesellschaftliche Vorurteile und strukturelle Ausgrenzungsmechanismen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der besonderen Verantwortung gegenüber Sinti und Roma betont das Landesnetzwerk die Notwendigkeit einer klaren politischen und gesellschaftlichen Haltung gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Das Landesnetzwerk fordert:

- eine konsequente, unabhängige und transparente strafrechtliche Prüfung der vorliegenden Aussagen,
- eine klare politische Einordnung sowie Distanzierung von rassistischen und antiziganistischen Narrativen,
- sowie eine verstärkte Sensibilisierung innerhalb politischer Institutionen für die Auswirkungen solcher Diskurse auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar – und sie gilt ausnahmslos für alle. Der Schutz von Minderheiten ist ein zentraler Maßstab für die Qualität unserer Demokratie“, so Ibishi weiter.

Ismeta Stojkovic, 2. stellvertretende Vorsitzende des Landesnetzwerks, ergänzt: „Solche Aussagen sind nicht nur verletzend, sondern tragen dazu bei, bestehende Vorurteile zu verstärken und gesellschaftliche Ausgrenzung zu legitimieren. Gerade im politischen Raum ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Sprache unerlässlich. Antiziganistische Narrative dürfen keinen Platz in einer demokratischen Öffentlichkeit haben.“

Pressekontakt:

Landesnetzwerk der Sinti und Roma gegen Antiziganismus in NRW e.V.

Ismeta Stojkovic

2. stellvertretende Vorsitzende des Landesnetzwerks der Sinti und Roma gegen Antiziganismus in NRW e.V.

 ismetastojkovic@gmail.com